

Antrag 51/I/2026**Abt. 10/06 Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Kindesunterhalt im Wechselmodell gerecht gestalten – Reform des Unterhaltsrechts**

- 1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-
- 2 gefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Unterhalts-
- 3 recht in Deutschland an die Lebensrealität getrennt erzie-
- 4 hender Eltern im Wechselmodell angepasst wird. Im Ein-
- 5 zelnem fordern wir:
- 6 1. Die gesetzliche Verankerung einer gerechten Auf-
- 7 teilung des Barunterhalts im paritätischen Wechsel-
- 8 modell – entsprechend dem Verhältnis der Einkom-
- 9 men beider Elternteile und unter Berücksichtigung
- 10 der Betreuungsanteile.
- 11 2. Die Abkehr von der pauschalen Anwendung der
- 12 Düsseldorfer Tabelle bei gleichwertiger Betreuung,
- 13 die derzeit zu systematischen Ungleichbehandlun-
- 14 gen führt.
- 15 3. Eine gesetzliche Klarstellung, dass das Kindergeld
- 16 bei paritätischer Betreuung beiden Elternteilen je-
- 17 weils zur Hälfte zusteht – auch bei unterhaltsrele-
- 18 vanter Berechnung.
- 19 4. Die Berücksichtigung der erhöhten Lebenshaltungs-
- 20 kosten in zwei Haushalten bei der Bemessung des
- 21 Kindesunterhalts (z. B. durch Anpassung des Bedarfs
- 22 oder Einführung eines Umgangskostenzuschlags).

Begründung

26 Das geltende Unterhaltsrecht basiert auf dem klassischen
27 Residenzmodell und entspricht nicht mehr den vielfäl-
28 tigen familiären Realitäten von heute. Immer mehr ge-
29 trenntlebende Eltern betreuen ihre Kinder partnerschaft-
30 lich im Wechselmodell, das eine annähernd gleichmäßige
31 zeitliche und praktische Verantwortung beider Elternteile
32 vorsieht.

33 Trotzdem wird nach geltender Rechtslage häufig weiter-
34 hin ein Elternteil zur Zahlung des vollen Kindesunterhalts
35 herangezogen, auch wenn die Betreuung in gleichem Um-
36 fang erfolgt. Entscheidungsmaßstab ist dabei überwie-
37 gend das Einkommen, nicht aber die tatsächliche Betreu-
38 ungsleistung. Dies führt in vielen Fällen zu einer doppel-
39 ten Belastung des wirtschaftlich stärkeren Elternteils –
40 durch finanzielle und zugleich betreuerische Verantwor-
41 tung.

42 Zudem wird ignoriert, dass das Leben in zwei Haushal-
43 ten für das Kind eine doppelte Infrastruktur bedeutet –
44 mit entsprechend höheren Ausgaben für Wohnraum, Klei-
45 dung, Freizeit und Betreuung.

46 Das bestehende Unterhaltsrecht benachteiligt damit Fa-
47 milien, die sich für eine gleichberechtigte Betreuung ent-

48 scheiden. Es behindert das Wechselmodell in seiner ge-
49 sellschaftlichen Anerkennung und stellt ein Gerechtig-
50 keitsproblem dar – für Eltern wie für Kinder.
51 Die SPD steht für soziale Gerechtigkeit, für moderne Fami-
52 lienmodelle und für einen Staat, der partnerschaftliches
53 Engagement fördert. Ein modernes Unterhaltsrecht muss
54 diese Realität abbilden und Eltern nicht bestrafen, die Ver-
55 antwortung teilen.
56 Deshalb fordern wir eine umfassende Reform des Unter-
57 haltsrechts mit klaren gesetzlichen Grundlagen für das
58 Wechselmodell.